

Inhaltsverzeichnis

Widmung	2
Präambel	2
Unsere Vision für Potsdam im Jahr 2035	4
Energieversorgung	5
Mobilität	6
Ein umfassender Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs	6
Ein starker Ausbau des Fahrradverkehrs	7
Starke Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs	8
Fußverkehr	9
Verwaltung	10
Stadtplanung und Gebäude	12
Ressourcenverbrauch, Ernährung und Abfall	14
Wirtschaft	16
Quellen	17
Schlussappell	18



Widmung

Diese Forderungen richten sich an die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam, den derzeitigen Oberbürgermeister, sowie alle folgenden Oberbürgermeister*innen. Als überparteiliche Bewegung sprechen wir hiermit jede Partei, Wählergruppe und jede*n Vertreter*in einer Partei sowie parteilose Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung an.

Präambel

Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert dar. Bis 2019 hat sich die Erde laut Weltklimarat (IPCC) im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt und dieser Prozess beschleunigt sich weiter. Die aus dem Klimawandel resultierenden Folgen, wie die Häufung extremer Wetterereignisse und das Artensterben, stellen bereits heute eine reale Bedrohung für uns alle dar. Während wir auf die Kipppunkte des Klimawandels zusteuern, sind wir die ersten, die die Folgen der Erderwärmung spüren und gleichzeitig auch die letzten, die ihn aufhalten können.

Die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu ergreifen, nimmt Städte im besonderen Maße in die Verantwortung, denn sie sind weltweit für ca. 80% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Rund 75% des Energie- und Ressourcenbedarfs entfallen global auf Ballungszentren. Durch die fortschreitende Urbanisierung wird sich dieser Anteil in Zukunft erhöhen. Gleichzeitig handeln sie konkret auf der Ebene der Umsetzung von der Energieversorgung der Bevölkerung, Gestaltung des Verkehrs, dem Wohnungsbau und vielem mehr.

Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben sich fast alle Länder dazu verpflichtet, die Erderwärmung bei deutlich unter 2 Grad zu stoppen und Anstrengungen zu unternehmen, das 1,5°-Ziel zu erreichen - so auch Deutschland. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen seitdem immer deutlicher, welche dramatischen Folgen das Überschreiten von 1,5 Grad Erwärmung für uns und unseren Planeten hätte.



Es herrscht ein breiter wissenschaftlicher Konsens zu der konkreten Bedrohung durch die globalen Veränderungen und die Dringlichkeit zu schnellem Handeln. Deshalb sehen wir als Fridays For Future Potsdam die konsequente Umsetzung der bundesweiten Forderungen von Fridays For Future als essentiell an. Wir betonen, dass gerade auch Kommunalpolitiker*innen die Einhaltung dieser Grenze und die Umsetzung der bundesweiten Forderungen auf allen politischen Ebenen mit größter Entschlossenheit vorantreiben müssen. Um die Klimakatastrophe zu verhindern, erfordert es insbesondere auch auf Kommunalebene weitreichende Veränderungen sowie die Ausrichtung aller städtischen Sektoren auf Nachhaltigkeit. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und den Ökosystemen muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir die Stadt Potsdam mit ihren Unternehmen und Gesellschaften auf, deutliche Maßnahmen zu ergreifen, die in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und dem Land Brandenburg erarbeitet werden und somit den Beitrag Potsdams zur Erreichung des 1,5°-Ziels gewährleisten. Daher fordern wir die Stadt dazu auf, unverzüglich wissenschaftlich anerkannte, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu stoppen und die Lebensgrundlage künftiger Generationen nach Artikel 20a GG zu schützen:

- Die Stadt setzt sich auf allen politischen Ebenen für die Einhaltung des 1,5-Ziels und die Erfüllung der bundesweiten Forderungen von Fridays For Future ein.
- Die Stadt Potsdam muss bis spätestens 2035 Nettonull Treibhausgasemissionen erreichen und ab sofort keine Investitionen tätigen oder Beschlüsse fassen, die das Erreichen dieses Ziels gefährden könnten.
- Sämtliche Maßnahmen zum Klimaschutz und deren konkrete und schnelle Umsetzung müssen an diesem Ziel ausgerichtet werden!



Unsere Vision für Potsdam im Jahr 2035

Nachfolgend skizzieren wir unsere Vision für Potsdam. Aus unserer Sicht sollte Potsdam dieser Vision entsprechen, um eine klimafreundliche, nachhaltige, lebenswerte und zukunftsfähige Stadt zu sein. Unsere Forderungen sind darauf ausgerichtet, diese Vision zu erreichen.

Die Stadt Potsdam ist klimaneutral und die Bevölkerung ist umfassend über die Klimakrise aufgeklärt. Die Stadt ermöglicht ihr ein klimafreundliches Leben und informiert transparent über getroffene und nicht getroffene Klimaschutz-Maßnahmen. Klimaschutz wird als ganzheitliche Aufgabe verstanden und in allen Handlungen berücksichtigt. Wurde eine potenziell klimaschützende Maßnahme nicht getroffen, begründet die Stadt dies ausführlich und transparent und leitet Möglichkeiten für Alternativen ab. Als Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit nutzt die Stadt Potsdam ihre Ressourcen nachhaltig. Dazu gehört, dass die Stadt und die Bevölkerung Strom und Wärme ausschließlich aus erneuerbaren Energien beziehen und Bauprojekte sozialgerecht und unter höchsten ökologischen und klimafreundlichen Standards umgesetzt werden.

Alle Menschen in Potsdam und dem Umland können sich klimaneutral, aber flexibel, sicher, barrierefrei und kostengünstig in der Stadt und in das Umland bewegen. Dabei wird ausdrücklich auf die Sozialverträglichkeit geachtet. Außerdem dass alle Bürger*innen sich gesund, vegan/vegetarisch, regional und saisonal ernähren. Der Abfall der Stadt wird durch Vermeidungsprojekte, Wiederverwendung sowie gesteigerte Recyclingquoten auf ein Minimum reduziert. Nicht verwertbare Abfälle werden nach höchsten Qualitätsstandards entsorgt. Unternehmen in Potsdam handeln klimafreundlich und nachhaltig. Die Stadt fördert außerdem nachhaltige neue Unternehmen und eine engere Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft. Als Vorbild und Wissenschaftsstandort engagiert sich Potsdam über das notwendige Maß hinaus für Klimagerechtigkeit, um Versäumnisse auszugleichen, und setzt dabei auch Modellprojekte um, die dazu beitragen, dass Potsdam in einzelnen Bereichen ein Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt und langfristig behält.



Energieversorgung

- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035, dies beinhaltet explizit auch die Energie für Wohnen, Heizen und Verkehr.
- Bau von Solaranlagen auf und an allen öffentlichen Gebäuden und Strukturen mit geeigneter Ausrichtung bis 2025.
- Verpflichtende Errichtung von Solaranlagen für sämtliche standorttechnisch geeigneten Neubauten in der Stadt ab 2023.
- Bei Neubauten ist bei der Dachausrichtung eine Eignung für Solaranlagen zu berücksichtigen.
- Etablierung von Sektorkopplungsprojekten (Power-to-X). Energieüberschüsse aus dem Stromnetz sollten ab 2025 gespeichert werden.
- Keine weiteren Investitionen in das fossile Erdgaskraftwerk und -leitungsnetz, Umrüstung auf Wasserstoff und Biogas oder andere Energieformen bis 2030.
- Gezielte Förderung von Energieeinsparung bei Gebäuden und Wirtschaft, Nutzung von Abwärme für die Wärmeversorgung (siehe Wirtschaft)
- Die Stadt erkennt an dass Erd- und nicht vollständig aus Abfällen erzeugtes Biogas keine klimafreundliche Energieträger sind und informiert Bürger*innen dementsprechend. Die Stadtwerke stellen die Energiegewinnung aus dem Energieträger bis 2035 gänzlich ein und vermeiden den Ausbau ihrer fossilen Infrastruktur. Ab sofort beendet die Stadt sämtliche Werbemaßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, mehr Bürger*innen von dem Energieträger zu überzeugen (wie derzeit etwa auf Straßenbahnen zu finden).
- Förderung von Bürgerenergiegemeinschaften zur Erzeugung, Bereitstellung und Speicherung erneuerbarer Energie
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien soll in Kooperation mit dem Umland geschehen.



Mobilität

- Priorisierung des Umweltverbundes besonders bei Bauvorhaben und Finanzierungsmöglichkeiten, vor dem MIV (motorisierten Individualverkehr).

Ein umfassender Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

- Umfassende Investitionen in Straßenbahn, die einen pünktlichen, weit vernetzten ÖPNV gewährleisten, der in hoher Taktung auch in Abendstunden und am Wochenende verkehrt.
- Die Stadt entwickelt schnellstmöglich in Abstimmung mit dem VBB ein ÖPNV-Netz zu einem sozialverträglichen Preis, dessen Finanzierung Spielraum für eine Erweiterung des Netzes und einen Ausbau der Kapazitäten lässt und die Finanzierung auf breitere Basis stellt (z.B. Als Bürgerticket, Kommunalabgabe oder als Potsdamkarte nach dem Vorbild der Templiner Gästekarte) Das schließt dann nicht aus, dass es an einigen Stellen kostenlose Shuttles - etwa in die Innenstadt - geben kann.
- Stadt fördert die vorübergehende Einführung eines 365€-Jahrestickets, das für alle Tarifzonen des VBB gilt. Dieses kann auch monatlich bezahlt werden. Sowie ein kostenloses ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende, unabhängig von Wohnort und Ausbildungsstätte. Sozialhilfeempfänger*innen können den ÖPNV ab sofort kostenfrei nutzen.
- Ab sofort keine Anschaffung von fossil betriebenen Fahrzeugen im ÖPNV und schrittweise Umrüstung des ÖPNV zu klimaneutralen Antriebsformen.
- Weitergehende Vernetzung der Anbindung mit dem Umland und Anstrengungen im Ausbau des VBBs.
- Deckung des Energiebedarfs des ÖPNVs durch erneuerbare Energien.
- Erhöhung des Komforts des ÖPNVs (Renovierung der Bahnstationen, überdachte/begrünte Wartehäuschen, schattige Wartebereiche, Ausbau des WLAN-Netzes).
- Die Stadt garantiert Barrierefreiheit im ÖPNV.
- Die Berücksichtigung von lokalen Bedürfnissen, z.B. dem Berufsverkehr oder die Anpassung an Großveranstaltungen, muss für den ÖPNV gewährleistet sein.



Ein starker Ausbau des Fahrradverkehrs

- Die Stadt öffnet Einbahnstraßen für den zweispurigen Radverkehr und kennzeichnet dies ausreichend, damit Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmenden vermeiden werden.
- Mehrspurige Fahrradtrassen entlang der Hauptverkehrsrouten und eigenen Trassen (vgl. z.B. Kopenhagen!), um auch für Lastenräder und Rädern mit Kinderanhängern sicheres Überholen zu gewährleisten.
- Die Stadt richtet Radwege ein, die eine komfortable Kombination von ÖPNV und Radverkehr ermöglichen. Z.B. durch Bike&Ride Angebote an ÖPNV - Routen.
- Die Stadt schafft Radverkehrsanlagen durch Um- oder Neubau in ihrer Baulast, die sich auszeichnen durch bauliche Trennung von Fuß- und Kraftfahrzeugverkehr, kontinuierliche, möglichst ruckfreie Führung mit ebenem Belag, Vorfahrt an Knotenpunkten für Radfahrer und einer Mindestbreite gemäß der Regelmaße in den "Empfehlungen zur Anlage von Radverkehrsanlagen" (ERA) zuzüglich der jeweiligen Sicherheitstrennstreifen.
- Die Stadt kümmert sich um eine zügige Umsetzung und ausreichende Refinanzierung des Radverkehrskonzeptes mit der Zielstellung schnellstmöglich darüber hinaus handeln zu können. Dabei muss eine bauliche Trennung vorgesehen werden, da markierte Fahrradstreifen nicht von allen Radfahrenden genutzt werden dürfen oder zu wenig Sicherheit bieten.
- Die Stadt schafft bis 2030 ein Radverkehrsnetz aus nummerierten Velorouten, welches alle Ortsteile sowie Stadtteile miteinander vernetzt und an die Innenstadt anbindet, wobei dennoch das Ziel einer Stadt der kurzen Wege verfolgt werden soll. Das Netz wird nach den Kriterien Sicherheit, Komfort, Umwegfreiheit, lückenlose Führung und Wegweisung, sowie der Möglichkeit, ein individuelles Tempo fahren zu können, konzipiert und umgesetzt.
- Das Bike&Ride-Angebot wird intensiv ausgebaut, die Stadt stellt ein Leihradangebot bereit oder baut vorhandene aus, dabei wird auch der Lastentransport durch Lastenräder berücksichtigt.
- Langfristige Unterstützung eines frei verfügbaren, Gemeinwohl orientierten Lastenradsystems wie der fLotte Potsdam



- Die Stadt kümmert sich um eine zügige Umsetzung der Vorhaben zur Anbringung von Grünpfeilen für Fahrradfahrende.
- Bauliche Mängel an Radwegen werden systematisch (insb. nach dem Winter) erfasst und innerhalb eines Vierteljahres beseitigt. Scherben oder Hindernisse, welche Radwege zustellen, müssen schnellstmöglich entfernt werden. Gleiches gilt für Eis und Schnee.
- Die Stadt führt die grüne Welle für Radfahrer*innen bei Tempo 20km/h ein. Diese wird gegenüber der grünen Welle der PKW priorisiert.
- Abstellanlagen an Haltestellen und Radparkhäuser für Pendler an geeigneten Orten wie z.B. Bahnhöfen oder Bike&Ride Systemen.
- Erhöhung der Fahrradstellplätze in der Bauordnung.

Starke Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs

- Sofort Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 innerhalb des gesamten Stadtgebiets.
- Die Stadt weist ab 2025 autofreie Stadtquartiere aus und führt das Projekt laufend fort. 2030 sind 30 % der bestehenden Verkehrsflächen autofrei und sind für eine Erhöhung der Lebensqualität (Radwege, Grünzüge, Cafés, gesellschaftliche Treffpunkte) entwickelt. Lieferverkehre und Transportfahrten für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen auf ein Auto angewiesen sind, sind in den autofreien Stadtquartieren möglich.
- Die Stadt startet eine umfassende Werbe- und Informationskompanie, um die Vorteile einer ökologischen Verkehrswende und autofreier Stadtquartiere aufzuzeigen.
- Schaffung attraktiver systemoffener Park&Ride-Systeme im Außenbereich der Stadt inklusive Carsharing-Systeme.
- Die Stadt setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass die Landesbauordnung geändert wird, sodass die Anzahl von KFZ-Stellplätzen verringert wird und Stellplätze flexibel durch ein nachhaltiges Mobilitätskonzept abgelöst werden können. Die Prüfung des Mobilitätskonzeptes soll verpflichtend sein, die Umsetzung soll durch die Stadt gefördert werden. Der dazugewonnen Platz muss in Potsdam für die Schaffung von



Radstellplätzen oder dem Grünerhalt dienen, so dass eine weitere Nachverdichtung und Flächenversiegelung verhindert wird.

- Anhebung der Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet und Reduzierung der Parkflächen auf ein Minimum, außer für Personen mit besonderem Bedarf für MIV (z. B. wegen körperlicher Einschränkungen).
- Vollständig klimaneutrale Fahrzeuge können bis 2030 eine geringfügig geringere Preiserhöhung erfahren, bis der öffentliche Nahverkehr weiter ausgebaut ist. Nach 2030 soll das Parken von eigenen Autos im Stadtgebiet nur noch mit Ausnahme möglich sein.
- Die Umwandlung von Parkplätzen in Haltezonen für Liefer- und Lastenradverkehr sollte gefördert werden.
- Ausbau der Versorgungsinfrastruktur für klimaneutrale Antriebe, bevorzugt batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge, wie E-Bikes. Ziel ist die Zurverfügungstellung ausreichender E-Ladesäulen für alle E-Fahrzeuge in Potsdam bis zum Jahr 2025 und eine fortlaufende Anpassung auf die Bedarfe der Jahre danach.
- Der Neuaufbau von Tankstellen für fossile Kraftstoffe ist ab 2024 nicht mehr möglich und deren Modernisierung erfordert ein Konzept für den Wechsel auf klimaneutrale Antriebe bis zum Jahr 2030.

Fußverkehr

- Anerkennen des Fußverkehrs als eigenen, bedeutenden Verkehrsträger und Mitdenken bei allen Planungen als Zubringer zum öffentlichen Verkehr.
- Die Stadt sorgt für gut ausgebaute, attraktive Fußwege, auf denen ein sicheres, komfortables, zügiges und vor allem barrierefreies Vorankommen in individuellem Tempo möglich ist.



Verwaltung

- Dienstreisen müssen in ihrer Notwendigkeit begründet sein, und auf das nachhaltigste Verkehrsmittel zurückgreifen, welches für die Entfernung zur Verfügung steht und für eine Dienstreise zumutbar ist. Die Stadt Potsdam ersetzt sämtliche Dienstreisen, die durch digitale Konferenzen ersetzt werden können.
- Umrüstung aller städtischen Fahrzeuge zu klimaneutralen Antriebsformen bis 2025.
- Die Stadt erstellt und veröffentlicht einmalig einen Gesamtbericht über alle bereits vorgenommenen Maßnahmen und explizit deren Stand der Umsetzung bezüglich des Klima- und Umweltschutzes aus allen Bereichen der Stadtverwaltung. Jedes halbe Jahr hat die Stadt gegenüber der Bevölkerung über alle getroffenen klimarelevanten Maßnahmen öffentlich Rechenschaft abzulegen.
- Die Stadt soll die entsprechenden Personalressourcen zur Verfügung stellen, sodass Maßnahmen zum Klimaschutz durch Personalengpässe der Stadtverwaltung nicht verzögert werden.
- Die Stadt soll an die Einhaltung von Verpflichtungen gebunden werden.
- Abzug aller finanzieller Rücklagen und Anlagen der Stadt Potsdam sowie der städtischen Unternehmen aus klimaschädlichen Wertanlagen (Divestment).
- Bei Ausschreibungen und der Auftragsvergabe von städtischen Projekten sowie dem Kauf von Betriebsmitteln und Arbeitsmitteln werden Sozialstandards und Umweltschutzkriterien bindend und stärker berücksichtigt.
- Die Stadt orientiert sich bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichtendes Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Stadt sich aktiv auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ein.
- Alle Aspekte, welche nicht lokal gelöst oder angegangen werden können, muss die Stadt auf Landes- oder Bundesebene mit starker Kraft vertreten.



- Die Stadt und die Tochtergesellschaften der Stadt sollen Vorbild für die Bürger*innen und Unternehmen sein und bis 2030 die Klimaneutralität erreichen.
- Alle Treibhausgasemissionen der Stadt Potsdam werden umfassend kompensiert. Dabei wird berücksichtigt, dass getätigte Emissionen nicht umkehrbar sind und Kompensationsmaßnahmen nicht ausreichend sind, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Entsprechend gezielt setzt die Stadt Kompensationsmaßnahmen um, sodass auch Nachhaltigkeit für zukünftige Generationen berücksichtigt wird und die ausgestoßenen Emissionen nach spätestens 30 Jahren wieder vollständig gebunden sind.
- Die Stadt soll sich für Moorschutz in der Region einsetzen und sich daran aktiv beteiligen.
- Der Masterplan 100% Klimaschutz soll überarbeitet werden und Klimaneutralität bis spätestens 2035 unter Berücksichtigung eines global gerechten Treibhausgasbudget sicherstellen, dazu sollen Zwischenziele definiert werden, um das Einhalten des Masterplans sicher zu stellen.
- Ausgleichsmaßnahmen sollen nachhaltig und ökologisch sinnvoll umgesetzt werden, wobei Ausgleichsmaßnahmen in der Region zu präferieren sind.



Stadtplanung und Gebäude

- Die Stadt setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass autofreie Siedlungen im Zuge der Städtebauförderung besonders gefördert werden. Die LH Potsdam verpflichtet sich außerdem neue Siedlungsgebiete und Nachverdichtungen im Bestand nur dort auszuweisen, wo die Anbindung an den öffentlichen Verkehr (Umweltverbund) und ausreichende Grünflächen, sowie unversiegelte Flächen vor Baubeginn gesichert ist.
- Sanierung von Wohn- und Bürogebäuden auf mindestens KfW-Effizienzstandard 40 (Begrenzung des Primärenergiebedarfs auf 40 % gegenüber dem eines Referenzgebäudes).
- Schrittweise Steigerung der Sanierungsrate auf mindestens 5% pro Jahr bis 2025.
- Ab 2022 verpflichtende Installation einer Photovoltaik- oder Solarthermieanlage, so wie Dach- und Fassadenbegrünung für Neubauten.
- Kein weiteres Gas-betriebenes Fernwärmenetz.
- Ausweitung der Stadtgebiete mit Fernwärmeeanschlusspflicht.
- Neu geschaffene Stadtquartiere werden den Forderungen zur Mobilität entsprechend autofrei gestaltet.
- Großräumige Umwidmung von Parkplätzen für Autos in Flächen für Fahrradfahrende und Zu-Fuß-Gehende oder Grünflächen mit Gehölzen, je nach Bedarf.
- Alle Grünflächen sollen auf Eignung zur Nutzung von Blühstreifen für Insekten geprüft werden. Die Stadt richtet frei zugängliche Gemeinschaftsgärten sowie auf allen dafür geeigneten Grünflächen der öffentlichen Hand Blühstreifen für Insekten ein. Außerdem strebt die Stadt an Pestizid frei zu handeln und pflanzt ausschließlich insektenfreundliche Pflanzen an.
- Sanierungen grundsätzlich vorrangig vor Neubauvorhaben vorzunehmen.
- Verbot von Schottergärten durch Bauvorschriften.
- Keine der genannten Maßnahmen darf zur Erhöhung von Mietpreisen und Verdrängung führen. Vielmehr ist eine soziale und strukturelle Durchmischung das Ziel sämtlicher Quartiersentwicklungsmaßnahmen.



- Lichnanlagen der Stadt sollen z.B. durch Optimierung der Beleuchtungszeiten oder Überprüfung der Notwendigkeit der Lichtverschmutzung entgegenwirken.
- Es müssen alle über die gesamte Dauer der Baumaßnahmen und der Lebensdauer der Gebäude entstehenden Treibhausgasemissionen festgehalten und ausgeglichen werden.
- Um ihre soziale und ökologische Verantwortung zu erfüllen, muss die Stadt wirtschaftliche Interessen zurückstellen und eine Wohnungspolitik für das Allgemeinwohl anstreben.
- Verschärfung der Gehölz- und Baumschutzsatzung ,die insbesondere das Fällen von Bäumen erschwert.
- Es wird eine Nettonull bei Flächenversiegelung eingeführt – wird eine Fläche versiegelt, muss eine entsprechende Fläche an anderer Stelle entsiegelt werden. Neubaugebiete dürfen nur auf bereits versiegelten Flächen errichtet werden. Oder es muss durch Dachgärten, Fassaden- oder Terrassenbegrünung Grünflächen geschaffen werden, die der Größe der versiegelten Fläche entspricht.
- Nutzung des Vorkaufsrecht zur Sicherstellung von nachhaltiger Nutzung
- Es soll ein Flächendeckendes Monitoring und Analyse zu Wärmeverlusten an Gebäuden um geeignete bezirksbezogene Strategien zur Sanierung zu entwickeln.
- Bei allen Baumaßnahmen müssen der DGNB Gold und Platin-Standard oder vergleichbare Standards eingehalten werden.
- Neubauten werden ausschließlich klimafreundlich mit der Zielstellung der Emmissionsfreiheit nach passiv- oder plusenergie Standarts gebaut, dies ist durch die Stadt sicher zu stellen.
- Die Verwendung von Beton muss drastisch reduziert werden, dazu sollen nur noch nicht anders zu lösende Bauvorhaben, wie Fundamente, aus Beton gebaut werden, bei welchen die ökologisch sinnvollste Beton-Art verwendet werden muss.



Ressourcenverbrauch, Ernährung und Abfall

- Recyclingquote im Stadtgebiet beträgt ab 2030 nicht unter 90%. Der Abfall wird dafür ausschließlich getrennt erfasst.
- Die Wiederverwendung von Material, etwa Möbeln, Kleidung, Elektronik, wird gefördert, indem städtische und einfach erreichbare Tauschplätze angeboten werden. Die Entsorgung von Abfällen ist auf nicht weiter nutzbares Material zu begrenzen.
- Das Ordnungsamt geht verstärkt gegen illegale Abfallentsorgung vor.
- Die Rate der in Geschäften, Restaurants, Kantinen und Haushalten weggeworfenen Lebensmittel muss bis 2025 auf unter 5% gesenkt werden.
- Unternehmen werden verpflichtet, noch genießbares Essen nicht mehr wegzuworfen, sondern an Organisationen weiterzugeben (z.B. Tafel, Foodsharing).
- Die Zubereitung von Gerichten in städtischen Verpflegungseinrichtung greift bis auf begründete Ausnahmefälle ausschließlich auf vegetarische, biologische, regional und saisonal verfügbare Lebensmittel zurück und bietet vegane Gerichte an. Bei Ausnahmen wird ein öffentlicher Dialog mit der Stadt geführt, um die Probleme zeitnah zu beseitigen. Zudem sollen in städtischen Kantinen und bei städtischen Events Kriterien für einen ausgewogene Ernährung zur Anwendung kommen. z. B. der Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) und Planetary Health Diet (Johan Rockström, Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung)
- Sämtliche verkaufte Einwegbehältnisse sind zu kennzeichnen. Der Inverkehrbringer zahlt für eine Entsorgung im öffentlichen Raum. Dadurch sollen Mehrwegverpackungen für alle Geschäfte attraktiv werden.
- Ausschreibungen für Schnellimbisse auf städtischen Flächen werden an ein Konzept zur abfallfreien Zubereitung und Ausgabe gebunden.
- Abfallprodukte werden als Rohstoff betrachtet und einem ganzheitlichen Kreislaufmanagement zugeführt. Nicht verwendbare Abfälle werden nach dem aktuelle Stand der Wissenschaft entsorgt.
- Öffentliche Veranstaltungen werden ohne Einwegprodukte durchgeführt.



- Einstellung einer/eines Ernährungs Koordinator*in für eine Ernährungsstrategie, welche in Kooperation mit dem Ernährungsrat erstellt wird.
- Der regionale Ernährungsketten und Urba Gardening soll aufgebaut und gestärkt werden.
- Verbot von privatem Feuerwerk.
- Müll muss in der Öffentlichkeit und bei Veranstaltungen getrennt entsorgt werden können, auch wenn das oberste Ziel die Müllvermeidung darstellt.
- Stadt richten eine Website ein, auf der alle Potsdamer*innen sich über den Verbleib ihres Mülls informieren können.
- Einrichtung von öffentlichen Trinkbrunnen, da hierdurch die Verwendung von Mehrwegtrinkflaschen gefördert wird und der Zugang zu sauberem Trinkwasser ein Menschenrecht und einen Aspekt der Klimaanpassung darstellt.
- Wasserrecycling und wassersparende Umrüstungen in städtischen Einrichtungen. Der Einsatz von ökologischen Trockentoiletten in städtischen Gebäuden ist zu Prüfen.
- Ökologische und soziale Ausschreibungskriterien für Caterer an allen städtischen Einrichtungen.
- Ökologische und soziale Pachtkriterien für die Landwirtschaftlichen Flächen der Stadt.
- Einführung einer besonderen und erheblichen Besteuerung der Speise- und Getränkeeinwegverpackungen und der Einsatz für eine solche Besteuerung auf Landes- oder Bundesebene durch die Region und ihre Kommunen muss angestrebt werden. Die Einwegsteuer aus dem Tübinger Modell kann dabei als Beispiel dienen.
- Nachhaltige Ernährung durch Bildung, Gesundheitsförderung und Kommunikationsmaßnahmen fördern. Außerdem soll das Bewusstsein für Lebensmittelverluste und -verschwendung gefördert werden.



Wirtschaft

- Förderungen der Stadt an Unternehmen und andere Einrichtungen und Initiativen müssen bei langfristigen Projekten mit verbindlichen Klimaschutzplänen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2035, verbunden sein. Bei kurzfristigen Projekten (etwa Veranstaltungen) ist eine klimafreundliche Durchführung ebenfalls Förderungsvoraussetzung. Zusätzlich sollen besonders effektive, innovative Klimaschutzprojekte von Unternehmen nach unabhängiger Prüfung durch die Stadt gefördert werden.
- Reduzierung der Zeit für Genehmigungen von Solaranlagen. Anweisung der Ämter zur massiven und pragmatischen Unterstützung von Genehmigungsanträgen für Anlagen zur Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien.
- Stärkere Förderung von Forschungsprojekten. Die Stadt ermöglicht durch Informations- und Bildungsangebote eine breite und fundierte gesellschaftspolitische Debatte zum Klimawandel und unterstützt eine aktive Wissenschaftskommunikation.
- Die Stadt erstellt bis 2023 einen Plan zur Nutzung industrieller Abwärme und setzt diesen ab 2025 sukzessive um. Bis 2035 werden alle zentralen Abwärmequellen (etwa Kühlanlagen im Einzelhandel, Datenverarbeitungseinrichtungen, Fabriken) als Quellen zum Fernwärmenetz angeschlossen.
- Unternehmen werden verpflichtet Klimapläne zur Treibhausgasneutralität aufzustellen, welche explizit die Nutzung nachhaltiger Energie und Wärme enthält.
- Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz der kommunalen Unternehmen.
- Ausweisung von Gewerbegebieten vorrangig mit Schienenanbindung.



Quellen

Wie dringend notwendig entschlossenes Handeln und die Einhaltung des 1,5 Grad Ziels ist, ergibt sich eindeutig aus den Berichten des IPCC.

Die bundesweiten Forderungen von Fridays For Future finden Sie unter:

<https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

Wuppertal Institut, 2009. In: Munich - Roads to a Fossil Carbon Free Future [Lechtenböhrmer, Barthel, Böhler-Baedeker, Hofmann, Kristof, Merten, Rudolph, Schneider, Schüwer, Seifried], Kapitel 1.0



Schlussappell

Die Stadt muss ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.

Zu lange wurde gezögert und gezaudert. Wir dürfen und können nicht mehr länger warten.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat nahezu perfekte Voraussetzungen, um Vorreiter und Vorbild auf dem Weg zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Stadt zu sein. Mit der Uni Potsdam, zahlreichen Hochschulen sowie den vielfältigen Forschungseinrichtungen, wie dem PIK und dem IASS besitzt Potsdam die nötigen Ressourcen, um unsere Stadt auf dem Weg zur Lösung der Klimakrise zu einer vorbildlich lebenswerteren, nachhaltigen Stadt zu gestalten.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Wir fordern auf Kommunalebene jede*n Politiker*in, ab sofort und gerade in Fragen der Klimagerechtigkeit, zu mehr politischem Engagement auf!

Solange die Politik und Wirtschaft dieser Verantwortung nicht ausreichend nachkommt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken!

Der Stadt Potsdam sollte zu jedem Zeitpunkt bewusst sein, dass eine Verzögerung von effektiven Maßnahmen sowie globale Entwicklungen beim Klimawandel es jederzeit nötig machen können, einen ehrgeizigeren Zeitplan sowie weitere Maßnahmen zu verfolgen. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Forderungen aus unserer Sicht ein Mindestmaß an Klimaschutzprojekten darstellen und die Aktualität regelmäßig geprüft werden muss.

Fridays For Future Potsdam

